

# Die Wettbewerbsfähigkeit, Dummkopf ...

Die hohe Inflation schadet der Wirtschaft

VON LAURENT ZEIMET

**Die Arbeitgeber verlieren keine Zeit. Nach dem Tag der Arbeit meldet sich der Dachverband UEL zu Wort und legt seine Überlegungen und Forderungen vor, um die „wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Interessen nachhaltig zu verteidigen“.**

„It's the economy, stupid“, seit der Wahl von Bill Clinton gilt dieser Spruch des früheren US-Präsidenten als Zauberformel, um elektorale Auseinandersetzungen jenseits des Atlantiks zu bestreiten. Leicht auf Luxemburger Verhältnisse abgewandelt und eingedeutscht, lassen sich die Sorgen und Forderungen der Arbeitgeber getrost zusammenfassen: Es geht um die Wettbewerbsfähigkeit, Dummkopf. Wobei sich niemand persönlich als Dummkopf angesprochen zu fühlen braucht.

Der Dachverband der Arbeitgeber, die Union des Entreprises luxembourgeoises (UEL), legte gestern ein Programmpapier von 35 Seiten vor, in dem seine Vorstellungen und Forderungen zur nachhaltigen Verteidigung der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Interessen des Landes noch einmal ausführlich aufgelistet werden.

Im Vorfeld der Rede zur Lage der Nation buhlen die Interessenvertreter um Aufmerksamkeit. Nach den Reden der Gewerkschafter

zum Tag der Arbeit, nun also wieder die Arbeitgeber, die sicher gehen wollen, dass ihr Standpunkt von der CSV/LSAP-Koalition nicht überhört wird. Inhaltlich steht im Programmpapier der UEL wenig Neues. Die bekannten Thesen und Forderungen werden wiederholt.

Während die Gewerkschaften mit Krach drohen, sollte das Einheitsstatut der Arbeitnehmer im Privatsektor scheitern, beharren die Arbeitgeber auf der strikten Kostenneutralität dieser Reform.

## **Kaum Bewegung in Sachen Einheitsstatut**

Seit Dezember hat sich in diesem Dossier also noch nicht viel bewegt. Mit Genugtuung registrierten die UEL-Vertreter bei ihrer letzten Unterredung das Eingeständnis von Premier Jean-Claude Juncker, dass die Kostenneutralität für die Regierung eine „obligation de résultat“ darstelle. Mit anderen Worten verpflichtete sich die Regierung, ihre Vorschläge so umzuändern, dass unterm Strich auf die Unternehmen keine Mehrbelastung zukommt. Die vorliegenden Pläne würden aber noch nach der Übergangsphase eine Mehrbelastung für die Betriebe von 55 Millionen Euro verursachen, so die UEL. Die Arbeitgeber warten demnach gespannt auf die überarbeiteten Vorschläge der Regierung.

Hauptanliegen der Arbeitgeber bleibt weiterhin die Wettbewerbs-

fähigkeit der Wirtschaft. An erster Stelle müsse die Inflation unter Kontrolle gebracht werden. Im Vergleich mit dem nahen Ausland sei die Inflation in Luxemburg weiterhin zu hoch und hemme die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen. Die Inflation sei hausgemacht und müsse durch ein gezieltes Aktionsprogramm langfristig gesenkt werden. Die von der Tripartite beschlossenen Verschiebungen der automatischen Lohnanpassung an die Preisentwicklung hätten nicht ausgereicht, um das Problem in den Griff zu bekommen, stellte UEL-Präsident Michel Wurth fest. Auch LCGB-Präsident Robert Weber wiederholte in seiner Mai-Rede die Kritik seiner Gewerkschaft an der hausgemachten Inflation. Doch eine identische Diagnose führt nicht unbedingt zu einer identischen Therapie. Für die UEL steht jetzt schon fest, dass man von einer Wiederherstellung der automatischen Index-Anpassung absehen müsse. Der Dachverband erinnert an seinen Vorschlag, die automatische Lohnanpassung auf Einkommen zu begrenzen, die unterhalb einer Höhe von anderthalb Mindestlöhnen liegen. Dies sei zudem sozial, da die Kaufkraft der unteren Einkommensklassen gewahrt bleibe, ohne dass es zu übermäßigen Gehaltserhöhungen komme. Für die Unternehmen könnte diese Maßnahme die Kosten einer Indextranche um 40 Prozent verringern.



Müder Roter Löwe? Vieles geht den Arbeit

Die UEL verlangt zudem eine weitere kritische Überprüfung der Zusammenstellung des Warenkorb, auf Grund dessen die Preisentwicklung berechnet wird. Staat und Kommunen sollen sich bei der Festlegung von Abgaben und Gebühren zurückhalten, um die Inflation nicht weiter anzuheizen. Statt steigende Kosten durch Abgaben- und Gebührenerhöhungen wettmachen zu wollen, solle die öffentliche Hand lieber auf Effizienzsteigerung und Einsparungen setzen, meinen



gebren zu schleppend voran.

(FOTO: AP)

die Arbeitgeber. Sorgen bereitet der UEL die langfristige Absicherung der Altersversicherung. Das Rentensystem könne ab 2028 seine Leistungen nicht mehr gewährleisten, alle Rücklagen seien dann aufgebraucht. Die Tripartite beauftragte eine Arbeitsgruppe, Vorschläge auszuarbeiten, um das Rentenwesen der demografischen Entwicklung anzupassen. Diese Gruppe solle nun endlich tätig werden, fordert die UEL, und die nötigen Entscheidungen treffen.

Kaum überzeugt zeigen sich die Arbeitgeber von den jüngsten guten Vorsätzen der Regierung zur Vereinfachung der Verwaltung. Inzwischen sei man „relativ unruhig“. Diese Aufgabe solle daher als „Chefsache“ beim Premierminister angesiedelt werden, fordern die Unternehmer, damit sich endlich spürbar was tue. In Belgien habe man auf diese Weise gute Ergebnisse erzielt. Zufrieden ist man dagegen mit der Absicht der Regierung, EU-Richtlinien nur mehr 1:1

ins nationale Recht zu übernehmen und Verschärfungen zu unterlassen.

Das Großherzogtum müsse sein steuerliches Umfeld anpassen, verlangen die Arbeitgeber. Im Vergleich zu den europäischen Nachbarn und den neuen EU-Mitgliedstaaten verliere der Standort rapide an Anziehungskraft. Die Arbeitgeber erwarten sich im Staatshaushalt für 2008 eine globale Entlastung für Betriebe und Gesellschaften.